

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 86.

Wittwoch, den 13. April 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Russische Nöte!

Wp. Brot und Geld entscheiden über das Schicksal der großen Armeen. Wer sich Rechenschaft geben will über den Verlauf des russisch-japanischen Krieges, muß, neben den Kriegsbulletins, auch die Bewegung der Finanzen und alle Angaben über die wirtschaftlichen Zustände der kämpfenden Länder in Betracht ziehen.

Uns interessiert dabei vor allem das Reich des Zaren. Der Telegraph brachte dieser Tage die Meldung, daß die zarische Regierung offiziell eine Reihe von Budgeteinsparungen bekannt gegeben hat, die vorgenommen werden, um Finanzmittel für den Krieg freizumachen. Es handelt sich dabei um die Einstellung der Arbeiten an den bereits im Bau befindlichen Eisenbahnen und ähnliche gewaltsame Unterbrechungen der Tätigkeit der Staatsbetriebe und der Staatsverwaltung. Wir haben von vorn herein darauf verwiesen, daß es dazu kommen wird. Alle Fabeln über unermeßliche Gold- und Geldvorräte zur Kriegsführung, mit denen die russischen offiziellen Agenturen seit Monaten die bürgerliche Presse zum Narren halten, sind dadurch ein für allemal abgetan. Auch der „freie Dispositionsfond“ des Staatsschatzes erweist sich als Phantastengebilde. Der Gedanke, die außerordentlichen Ausgaben eines Krieges durch die Einschränkung der ordentlichen Ausgaben des Staates decken zu können, richtet sich von selbst in den Augen von Jedem, der jemals einen Einblick in den Haushalt eines modernen Großstaats getan hat. Und erit in Rußland, dessen ganzes Budget, wenn man von den Betriebsausgaben der Eisenbahn abzieht, sich zu 99 Proz. auf die Ausgaben für die Staatsschuld und für die Armee zurückführen läßt! Also, entweder man stellt die Zahlung der Staatsschuldzinsen ein, oder man führt Krieg im Auslande auf Kosten der Desorganisation und der Verelendung der Armee im Inlande! In beiden Fällen würden aber die Mittel dennoch nicht ausreichen.

Das Jarextum braucht Geld, neue Anleihen, Gold vom Auslande, das läßt sich nicht mehr verhehlen. Seit dem 1./14. Februar hat sich die Bilanz der russischen Staatsbank um 130 Millionen vermindert, fast ausschließlich weil die Regierung ihr Geld entzog. Das Guthaben der Regierung bei der Bank verminderte sich um 70 Millionen, das der Spezialfonds und der sonstigen laufenden Konten von Staatsinstitutionen um 43 Millionen. Das gibt aber selbstverständlich nicht die wirkliche Ausgabe an, sondern nur die Differenz zwischen den entzogenen Summen und den Staatseinnahmen, die regelmäßig auf laufendes Konto bei der Staatsbank deponiert werden. Der Goldvorrat hat sich um 80 Millionen vermindert. Der Goldbesitz der Bank im Auslande hat sich sogar um 100 Millionen Rubel vermindert, von 175 auf 74,5 Millionen Rubel. Dieses Gold blieb im Auslande. Daß nichtsdestoweniger die Goldkassen der Staatsbank, wie erwähnt, nur ein Konto von 80 statt 100 Millionen Rubel aufweisen, erklärt sich daraus, daß während der gleichen Zeit aus der Kasse über 50 Millionen Papierrubel verschwanden. Bekanntlich sind gleich bei Beginn des Krieges 50 Millionen Kreditbilletts ausgegeben worden. Die sind nun alle. Man wird zu neuen Emissionen schreiten müssen — wenn nicht Geld vom Auslande kommt.

Die Zerrüttung der Handelsverhältnisse durch den Krieg tritt bereits ebenfalls offen zu Tage. Offiziell wird bekannt gemacht, daß die Bankrotts eine außerordentliche Höhe erreicht haben.

Um das Verhängnis voll zu machen, erhebt in diesem Frühjahr wieder das Gespenst der Missernte sein Medusenhaupt. Es ergibt sich aus dem letzten offiziellen Bericht über den Saatenstand folgendes: Der Winter war schneearm — infolgedessen litt das Wintergetreide. „Stellenweise mußte man entweder ganz auf die Aussaat von Wintergetreide verzichten, oder denn die an einzelnen Orten vorgenommene Aussaat gab keine Resultate.“ An anderen Orten wurden die im Vorfrühling vorgenommenen Feldarbeiten durch nachfolgende Fröste zu Nichts geführt. Im allgemeinen sei übrigens dank dem Regenwetter der Stand des Wintergetreides befriedigend — doch als unbefriedigend und stellenweise sogar schlecht wird er beobachtet hauptsächlich in den Gouvernements Bessarabien und Cherson sowie in den südlichen Teilen der Gouvernements Kiew und Podolien und an einzelnen Orten des Gouvernements Poltawa.“ Im besonderen wird berichtet: „Gouvernement Bessarabien: Der Zustand der Winteraussaat ist im allgemeinen unbefriedigend, oft ganz schlecht und nur selten befriedigend; stellenweise wurde, infolge der trockenen Witterung im Herbst, überhaupt keine Aussaat vorgenommen.“ „Gouvernement Cherson: Der Zustand der Winteraussaat ist größtenteils unbefriedigend.“ „Gouvernement Charkow: . . . einen bedeutenden Schaden den jungen Aufgängen bereiteten die Februarfröste.“ „Gouvernement Poltawa: Das Wintergetreide ist im allgemeinen befriedigend, aber in einigen

Regierungsbezirken unbefriedigend; die Hauptursache ist der schlechte Zustand noch vom Herbst her sowie der sehr schneearme Winter, außerdem haben auch die Februarfröste geschadet.“ „Gouvernement Kiew: Der Zustand der Winteraussaat ist bunt und ungleichmäßig. Stellenweise in den Regierungsbezirken Verditschew, Uman, Tscherkass u. a. sind sie unbefriedigend, an seltenen Orten vorzüglich, in den Regierungsbezirken Kiew und Swenigorod gut.“ Wehliches wird auch aus Podolien und Wolhynien berichtet.

Es wäre, freilich, verfrüht, jetzt schon von einer bevorstehenden Hungersnot zu sprechen. Aber die Anzeichen sind bei den primitiven russischen Ackerbauverhältnissen hochbedeutend. Und die Gefahr ist zu groß, um nicht schon in ihren Anfängen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Kriegsnot und Hungersnot — was muß denn noch das russische Volk erdulden, bis es dieses verruchte politische System los wird?!

## Rußland und Japan.

Wie Reuters Bureau aus Seoul berichtet, teilte der dortige japanische Gesandte Gahashi dem koreanischen Auswärtigen Amte mit, daß der Rückzug der russischen Truppen über den Salufuß und die Besetzung der Grenze durch die Japaner Tatsache sei, und richtete an die koreanische Regierung das Ersuchen, ihre Beamten mit Anweisungen zu versehen, daß sie die Unterwerfung von Kulis erleichtern und den Bau der Eisenbahn von Seoul nach Fusan beschleunigen sollen. — Daß die Russen ihre Positionen auch auf der anderen Seite des Salu ohne Kampf aufgeben werden, ist nicht anzunehmen; in der nächsten Zeit sind also Zusammenstöße zwischen den russischen und den japanischen Truppen am Salu zu erwarten.

In Nutschwang ist man sehr um einen japanischen Angriff besorgt. Eine Reutermeldung von dort besagt: „Die Berichte über die rege Tätigkeit der Japaner in Korea und über die Ankunft japanischer Transportschiffe auf dem Salu halten die hiesige Garnison zur Wachsamkeit gegen einen möglichen japanischen Angriff an. Als Sonntag abend an der Mündung des Liaoflusses einem auslaufenden Schiffe Lichtsignale gegeben wurden, um die Wassertiefe anzuzeigen, gaben die Forts, die die Signale mißverstanden, 24 Schüsse auf die Lotsenboote und ein nach auswärts bestimmtes Kaufahrteischiff ab. Das Feuer beunruhigte die Einwohner der Stadt, da diese glaubten, die Japaner machten einen Angriff. Auch unter den Soldaten entstand eine Aufregung, indem zwei chinesische Matrosen, die über den Fluß setzen wollten, von den Schildwachen erschossen wurden.“ Ein chinesischer Dampfer kehrte von Nutschwang zurück und berichtete, daß seine Leuchtfeuer unbedacht geblieben seien, zwei englische Schiffe seien in der gleichen Lage gewesen. Für den Handel ist also Nutschwang tatsächlich geschlossen.

Nachdem durch Ulas vom 20. Februar die Sibirische Bahn in den Grenzen des enteigneten Areals in Kriegszustand erklärt worden war, ordnete Montag ein in der „Gesetzsammlung“ veröffentlichter Ulas vom 4. April die Ausdehnung des Kriegszustandes auch auf das an die Bahn grenzende Gebiet an.

Das russische, unter dem Kommando des Admirals Wrenius stehende Geschwader, das auf der Fahrt vom Mittelmeer nach Kronstadt am 6. April in Östergöteborg vor Anker gegangen war, ist Sonntag von dort nach der Dänie abgedampft.

## Politische Handwägen.

Deutschland.

Neue Kämpfe. Der Reichstag ist am heutigen Tage zu erneuten Beratungen wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Novelle zum Münzgesetz und der Etat des Reichsanstalters, der wahrscheinlich zu recht lebhaften Auseinandersetzungen über die äußere und innere Politik des Reiches Anlaß geben wird. Ein Ende der Etatberatungen ist um so weniger abzusehen, als außerdem noch sehr wichtige Etatstelle, wie der Kolonialetat und der Marineetat noch der Erledigung harren. Die Bedürfnisse des Reiches sind bekanntlich nur bis Ende Mai durch ein Notgesetz gedeckt; bis dahin muß der Etat auf alle Fälle fertig gestellt sein oder es muß ein neues Notgesetz beschlossen werden. Das Hauptinteresse wendet sich indessen bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages dem vielfach angekündigten neuen Flottengesetz zu. Ob es bereits soweit fertiggestellt ist, daß es vor der Öffentlichkeit erscheinen kann, darüber hat man bisher noch nichts vernommen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Regierung versuchen wird, ein solches Gesetz noch in diesem Arbeitsjahre durchzubringen. Denn im nächsten Jahre wird die Arbeitskraft des Reichstages durch die Militärvorlage, den Etat, und vielleicht auch durch

Handelsverträge so sehr belastet sein, daß für sonstige größere Gesetzesvorlagen kaum viel Raum bleiben wird. Alles in allem kann man sagen, daß die erste Hälfte der Lebensdauer des neuen Reichstages schon jetzt von Forderungen der sog. „Staatsnotwendigkeiten“ so sehr erfüllt ist, daß für die Erfüllung von Volksforderungen kein Raum bleibt. Die sozialdemokratische Fraktion geht in der Stärke von 79 Mann an die neue Arbeit. Das Schöppner-Marienberger Mandat ist uns entzogen worden, um das Altenburger werden wir in den nächsten Tagen zu kämpfen haben; das vorläufige Schicksal von Frankfurt a. D. harret noch der Entscheidung durch das Plenum. Allem Anscheine nach geht unsere Partei neuen, schweren Kämpfen im Reichstag wie im Reich entgegen. Die Gegner, die sich während der Ferien an den inneren Auseinandersetzungen der Partei ergötzen, werden dann wieder einmal die Erfahrung machen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Vertreter einmütig zusammenstehen, sobald der Sammelruf ertönt: Wider den Feind!

Ueber die Wahlbewegung im Herzogtum Sachsen-Altenburg schreibt man dem „Vorwärts“: Die Wogen des Wahlkampfes gehen hoch und die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gekämpft wird, ist noch ständig im Wachsen begriffen. Die Agrarier müßten von einer Wiederaufstellung des früheren Reichstags-Abgeordneten v. Bödan Abstand nehmen; denn darüber war man sich in diesen Kreisen sofort klar, daß man mit diesem extremen Agrarier auf keinen Fall durchdringen könne. Die Konservativen entschieden sich deshalb für einen Beamten und fanden einen solchen in der Person des Oberlandesgerichtsrats Dr. Borzig in Jena, der früher in Altenburg als Richter amtierte hatte. Dieser Kandidat steht auf dem Standpunkt des in Leipzig durchgefallenen alldeutschen Professors Hoffe. Er machte kein Hehl daraus, daß er für hohe Zölle ist, daß ihm das jetzige Reichstagswahlrecht nicht gefällt, und vor allen Dingen strebt er ein Gesetz an, durch welches man streikende Arbeiter zwingen kann, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Wohl nirgends in Deutschland hätte man den Mut besessen, einen Kandidaten aufzustellen, der es so wenig versteht, seine sozialreaktionäre Gesinnung etwas zu verbergen. Im Herzogtum Altenburg, wo der Haß gegen die Sozialdemokratie bereits so wunderbare Blüten getrieben hat, kann man sich das erlauben. Je reaktionärer hier ein Kandidat austritt, desto sicherer ist ihm die behöfliche Unterstützung. Der Ausfall der Wahl im 20. sächsischen Wahlkreis hat bei den Gegnern eine geradezu fieberhafte Erregung hervorgerufen. Jetzt bereits werden die erbärmlichsten Kampfmittel angewendet und namentlich der Bund der Landwirte ist es, der in schamlosester Weise arbeitet. So hat man uns in den ländlichen Bezirken ziemlich alle Eile abgetrieben und in den gegnerischen Versammlungen haben wir keinen Zutritt. Bei der vorigen Wahl wurden abgegeben 18 695 sozialdemokratische, 14 498 konservative und 2993 freisinnige Stimmen. Die Freisinnigen stellen diesmal keinen Kandidaten auf, damit eine Stichwahl vermieden wird. Sie wollen sofort für den konservativen stimmen. Daß der größte Teil der freisinnigen Wähler diese Parole befolgen wird, unterliegt keinem Zweifel. Wir sind sonach vollständig auf eigene Kraft angewiesen und es wird ja auch unsererseits eine überaus rege Agitation entfaltet, so daß die Hoffnung besteht, daß wir den Kreis trotz alledem behaupten. Erzwungen und kompliziert ist die Agitation noch dadurch, daß vierzehn Tage vor der auf den 29. April angeetzten Reichstagswahl, also am 15. April, die Landtagswahlen im ganzen Lande stattfinden. Wir haben in der dritten Wählerklasse vier Mandate zu verteidigen und können damit rechnen, daß wir noch zwei neue hinzugewinnen. Solange uns dies, dann hat der Bund der Landwirte die Mehrheit im altenburgischen Landtag verloren. In Würdigung dieser Gefahr ist bereits seit Wochen ein Geschäftsreisender des Bundes auf der Tour, um in den gefährdeten Bezirken zu retten, was noch gerettet werden kann. Auf dem Lande gründet man mit agrarischer Hilfe Ortsgruppen des Bundes der Handwerker, wodurch die Handwerker für den konservativen Kandidaten angezogen werden sollen. In allem Ueberfluß finden in der Stadt Altenburg am 12. April auch noch die Gewerbegerichtswahlen statt, also drei Wahlen innerhalb 17 Tagen, gewiß eine recht arbeitsreiche Aufgabe.

Der Herero-Aufstand in Südwestafrika. Die deutschen Truppen sind am Sonnabend mit der Hauptmacht der Herero in Fühlung gekommen und haben ihnen, wie wenigstens Gouverneur Deutwein meldet, eine empfindliche Niederlage beigebracht: die Stellung der Herero wurde durchbrochen und diese haben sich nach Osten angeblich fluchtartig zurückgezogen. Gouverneur Deutwein meldet aus Okahandja: „Ich habe am 9. mit der vereinigten Hauptabteilung Dürr und Westabteilung Storff die Hauptmacht des Feindes, etwa 3000 Gewehre, bei Ongaujira angegriffen. Die Hereros waren in harter, kreisförmiger Höhenstellung, die Front nach Nordwesten. Harst wurde







haben viele Häuser bankrott gemacht und viele Fabriken ihre Arbeit gänzlich eingestellt oder die Arbeitszeit auf sechs Stunden reduziert. Diese Erscheinung wiederholt sich in allen andern polnischen Städten. Die große Masse des Mittelstandes legt eine unverhohlene Freude an den Tag. Die Aufstände auf die Sparkassen sind eben von diesem Mittelstande ausgeführt worden. Aber auch ihre Freude ist nicht ganz ohne Sorge; denn die meisten Soldaten, die am Kampfplatze den Tod erleiden, sind aus ihrer Mitte genommen worden. Das osteuropäische Heer rekrutiert sich zum großen Teil aus Polen und polnischen Juden. Die polnische Jugend flüchtet aus diesem Grunde massenhaft ins Ausland. Die enthusiastischste, freudigste und internationalistische Stimmung herrscht aber bei den Arbeitern und Bauern. Unter ihnen wird rege agitiert gegen den Faschismus und für den Sozialismus. Es herrscht mit einem Worte auf der ganzen Linie eine gehobene Stimmung. Daß dies den russischen Regierungskreisen nicht unbekannt ist, läßt sich denken. Diesem ist auch die gegenwärtige polenfreundliche Stimmung zuzuschreiben. Man sucht die Polen durch Güte zu beschwichtigen, um etwaigen unerwünschten Umrufen vorzubeugen. Die polnischen Sozialisten stehen jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Sie müssen einerseits die allzu enthusiastisch gestimmte Masse zügeln, um sie vor unvorsichtigen, übereilten und verhängnisvollen Schritten zurückzuführen, andererseits aber müssen sie gerade die gegenwärtig herrschende Stimmung voll und ganz für ihre Zwecke ausnützen. Hoffentlich gelingt ihnen das eine wie das andre.

#### Australien.

**Wahlpflicht.** Der Premierminister der Provinz Victoria hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, bez. Zwangsabstimmung bei Wahlen. Veranlassung gaben die häufigen Wahlergebnisse.

### Überrück und Nachbargebiete.

Dienstag, den 12. April 1904.

Die Notizen hält an! Als vor zwei Jahren die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung eines Mai- und Kontraktionszuges nachgefragt wurde, da verbot das Polizeiamt zum ersten Mal das Mitführen der roten Parteiflagge sowie jeglichen roten Abzeichens. Im Vorjahre wurde derselbe Bescheid erteilt, ohne daß dadurch dem Charakter der Mäseier irgend welcher Abbruch zugefügt werden konnte; im Gegenteil, der Zug war ein noch großartiger als bisher. Trotz des Verbotes des Polizeiamtes, trotz androhter Ausperrungen seitens der Scharfmacher hatte sich das Lübecker merkwürdige Volk zu einem großen Teile zur Demonstration eingefunden. Nachdem also bewiesen worden war, daß das Verbot des Polizeiamtes auf die Demonstration keinen Einfluß ausüben konnte, hätte man annehmen sollen, daß seitens unserer heiligen Hermandad nunmehr auf dieses Verbot Verzicht geleistet worden wäre. Dem ist jedoch nicht so! Auch heuer hat das Polizeiamt sich gemüßigt gesehen, den Festzug nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten. In Nachstehendem geben wir den eingegangenen Bescheid wieder:

„Auf den Antrag des Komitees für die Mäseier vom 31. v. M. um Erteilung der Erlaubnis zu einem für den 1. Mai d. J. geplanten Ausmarsch der hiesigen Gewerkschaften und verschiedener Vereine Lübecks nach Israelsdorf u. v. d. a., sowie zum Rückmarsch nach Lübeck, hat das Polizeiamt beschlossen, die nachgefragte Erlaubnis zu erteilen, indes nur unter den nachstehenden Bedingungen:

- 1) Als Sammelplatz für die Teilnehmer wird das Burgfeld bestimmt;
- 2) der Einmarsch der einzelnen Gewerkschaften und Vereine nach dem Sammelplatz hat ohne Musik und unter Vermeidung der Breitestraße und des Geibelplatzes zu erfolgen;
- 3) die zum Sammelplatz marschierenden Gewerkschaften und Vereine müssen zur Vermeidung von Verkehrsstörungen größere Abstände von einander einhalten. Fuhrwerken, sowie der Straßenbahn ist überall soviel Raum zu geben, daß sie unbehindert vorbeifahren können;
- 4) die Mitführung roter Fahnen und Banner, roter Schärpen oder sonstiger Embleme und Abzeichen, welche den Auszug als eine sozialdemokratische Demonstration gegenüber den bürgerlichen Kreisen kennzeichnen, ist verboten;
- 5) die Teilnahme schulpflichtiger Kinder in besonderem geschlossenen Zuge ist untersagt;
- 6) es ist dem Polizeiamt vor dem 1. Mai eine Person namhaft zu machen, welche die Verantwortung für die genaue Erfüllung der gestellten Bedingungen übernimmt;
- 7) es sind in ausreichender Zahl und durch besondere Abzeichen kenntlich gemachte Aufseher zu bestimmen, welche auf dem Sammelplatz und auf dem Marsche dafür Sorge zu tragen haben, daß der allgemeine Verkehr in keiner Weise gestört wird;
- 8) auf dem Rückmarsch hat sich der Zug auf dem Burgfelde aufzulösen.

Beglaubigt

(ges.) Lippert.

Gebühr Mt. 250.

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch den Verfasser“, so könnte man mit dem Dichter nach Aufnahme und genügender Verdauung dieses 25 Groschen-Bescheides ausrufen. Auch hier wieder die geradezu ängstliche, durch eine einzige rote Parteiflagge hervorgerufene Rücksichtnahme auf das antijohannische Empfinden eines kleinen Teils der Bevölkerung; eine Rücksichtnahme, die uns Sozialdemokraten gegenüber wahrscheinlich nicht zur Anwendung gelangen dürfte, die wir aber auch gar nicht beanspruchen. Was wir jedoch verlangen, das ist, daß man auch uns mit gleichem Maße mißt und nicht den Grundsatz des Justizministers Schönstedt aufstellt: „Wenn zwei dasfelbe tun, so ist es nicht dasfelbe.“ In obigem Bescheid wird den zum Sammelplatz marschierenden Vereinen untersagt, Musik mitzuführen und die Breitestraße, resp. den Geibelplatz zu passieren. Ferner haben sie zwecks Vermeidung von Verkehrsstörungen größere Abstände einzuhalten. Man kann der letzteren Anordnung schließlich schon zustimmen, muß dann aber auch voraussetzen, daß sie bei sämtlichen ähnlichen Anlässen gleichfalls getroffen wird. Ist das nun der Fall?

Wir überlassen die Beantwortung dieser Frage unsern Lesern, möchten ihnen jedoch insofern einen kleinen Fingerzeig geben, als wir an den Wismarer und Rummel erleben und verkehrsreiche Holstenstraße passieren, ohne daß man eine Verkehrsbehinderung befürchtet. Da mußte sogar die Straßenbahn ihre Fahrten durch die Holstenstraße während der Dauer des Zuges ein-

stellen. — Dieser eine Fingerzeig, dem noch mehrere angefügt werden könnten, dürfte zur Beantwortung vorstehender Frage genügen.

Das Lübecker Proletariat wird also am kommenden 1. Mai ohne seine bewährte rote Parteiflagge und ohne rote Schärpen und Abzeichen sein Maiensfest begehen. Das im unschuldigen Not leuchtende, angehängte, staatsfördernde „Flammenschild“ der „Revolution“ bleibt unberührt in seinem Schranke hängen, während die Gewerkschaftsfahnen lustig im Frühlingswinde flattern können. Nunmehr liegt es an der Lübecker Arbeiterschaft, durch rege Propaganda dafür zu sorgen, daß sich dieser Festzug trotz der einschränkenden Bedingungen zu einem der imposantesten gestaltet, den Lübeck jemals zu verzeichnen gehabt hat. Das wird sich um so eher ermöglichen lassen, als ja der heurige 1. Mai bekanntlich auf einen Sonntag fällt.

Inbesondere möchten wir die Gewerkschaften ersuchen, schleunigst zur Mäseier Stellung zu nehmen und ev. ihre Fahnenträger, sowie auf je 30 Mitglieder ein Hilfskomiteemitglied zu bestimmen. Es können sämtliche Fahnen, mit Ausnahme der Parteiflagge, mitgeführt werden; nur ist entsprechend dem vorstehenden Bescheide darauf zu achten, daß die rein roten Schärpen, die insbesondere auf gewisse Bierkäufer geradezu verheerend wirken sollen, vermieden werden.

#### Rückstuf zur Mäseier!

Eine überaus wichtige Entscheidung traf kürzlich das Reichsversicherungsamt, indem es folgenden Entscheid fällte: Der Rekurs einer Unfall-Versicherungsgesellschaft ist nur dann rechtzeitig erfolgt, wenn der Vorstand innerhalb der Rekursfrist seine Genehmigung zum Rekurs gegeben hat. Der Sachverhalt ist nach unserem Magdeburger Parteiorgan folgender: Einem Holzarbeiter aus Schönebeck, der zuletzt 10 Prozent Rente bezog, wurde von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft die Rente entzogen, weil infolge „wesentlicher Besserung“ Folgen des Unfalls, die ihn in der Erwerbsfähigkeit beschränkten, nicht mehr vorhanden seien. Das Schiedsgericht zu Magdeburg verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der Rente. Kurz vor Ablauf der Frist meldete ein Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft, der ihre Sachen stets vor dem Schiedsgericht und dem Reichsversicherungsamt in Berlin vertritt, den Rekurs an, mit der Erklärung, die Zustimmungserklärung des Vorstandes folge nach. Die Zustimmung des Vorstandes erfolgte erst nach Ablauf der gesetzlichen Rekursfrist. Der Geschäftsführer hielt sich zur Einlegung des Rekurses vorbehalten die Zustimmung des Vorstandes berechtigt, weil er Vollmacht hat, die Berufsgenossenschaft in allen Terminen vor dem Reichsversicherungsamt zu vertreten und selbständig Vergleiche abzuschließen. Der verhandelnde Senat des Reichsversicherungsamtes verwies die Sache an den erweiterten Senat. Dieser verwarf nun den Rekurs der Berufsgenossenschaft als veripätet und führte aus: Daß der Geschäftsführer innerhalb der Frist den Rekurs angemeldet habe, könne zur Wahrung der Frist nicht genügen. Der Senat habe folgendes erzwungen: Allerdings ständen an sich Kläger und Beklagte prozessual gleich. Andererseits seien jedoch an die Einlegung des Rekurses seitens der Berufsgenossenschaft andere Folgen geknüpft, als an die des Verletzten. Der Rekurs der Berufsgenossenschaft habe aufschiebende Wirkung zu ihren Gunsten; der Rekurs des Klägers wirke nicht so. Bei dieser Verschiedenheit der Rekurse der Parteien ermögliche sich auch eine Verschiedenheit bezüglich der Behandlung der Einlegung des Rekurses. Aus diesen Erwägungen heraus sei der erweiterte Senat des Rekursgerichts zu der Meinung gekommen, daß den Berufsgenossenschaften nicht zugute kommen könne, was den Verletzten öfter gestattet werde. (In bezug auf Nachbringung von Vollmachten für ihre Vertreter). Der Rekurs einer Berufsgenossenschaft sei nur dann rechtzeitig eingelegt, wenn innerhalb der Rekursfrist die Genehmigung des Rekurses seitens der kompetenten Instanz (Vorstand, Vorsitzender) erfolgt sei. — Dem Bestreben der oft übereifrigen Vertreter der Berufsgenossenschaften, in allen dem Verletzten ungünstigen Fällen planlos Rekurs anzumelden, ist damit ein Riegel vorgeschoben.

## Das Arbeiterssekretariat

(unentgeltliche Anstaltsstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7½ Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittags geschlossen.

**Sonntagsruhe für die Fischindustrie.** Der Verein der deutschen Fischindustriellen hat eine Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, in der um Vermehrung der für die Räuchererbetriebe freigegebenen Sonn- und Feiertage bittet. Das Gesuch wird damit begründet, daß das Gewerbe die möglichst schnelle Verarbeitung der Rohware erfordert und von dem Eintreffen der Fischdampfer abhängig ist. Auch hätten ihre Angestellten im Winter durch die behinderte Fischerei sehr viele unfreiwillige Ruhetage. Die Zahl der jetzt bewilligten sieben Ausnahmefreiertage sei ungenügend. — Wägen die Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Gut sein!

**Zur Kontrollerversammlung** haben sich am Donnerstag Vormittag 9 Uhr sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1901, 1902 und 1903 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen der Spezialwaffen und sämtliche Mannschaften der Garde (Jahrgang 1891 und jüngere), und um 11 Uhr sämtliche Ersatzpersonen der Jahressklassen 1891, 1892 und 1893 zu melden. Der Luftballon, den man Freitag Vormittag hier beobachtet konnte, ist am gleichen Tage 12 Uhr mittags in der Nähe von Briggwall in der Uckermark gelandet. Er hat also noch eine ziemliche Reise gemacht.

**Wartung, Zimmerer!** Ueber die Firma Altien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Geb. Helmman, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Eine Prüfung von Seefischern auf großer Fahrt und Steuerleuten findet am 5. Mai und den nachfolgenden Tagen Morgens 9 Uhr in der Navigationschule statt. Die Meldung hierzu geschieht bis zum 3. Mai 1904 beim Vorsitzenden der Prüfungskommission, Direktor der Navigationschule Dr. Schulze. Die Prüfungsgebühren im Betrage von 30 Mt. für Seefischer und 15 Mt. für Steuerleute sind bei der Meldung einzuliefern.

**ph. Bedrohung.** Gegen einen Tischlergesellen wurde Anzeige wegen Bedrohung seines Werkmeisters erstattet.

**Malente.** Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

**Wölln.** Bei der gestrigen Stadtratwahl wurde Herr Grube mit 31 von 32 Stimmen wiedergewählt. — In das hiesige Handelsregister A ist unter Nr. 24 bei der Firma „Heinr. Krohn“ folgendes eingetragen: Inhaber der Firma, welche jetzt „Heinr. Krohn Nachf.“ lautet, ist der Kaufmann Bernhard Otto Richard Haase in Wölln. Der Uebergang, der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerb des Geschäfts durch den Nachfolger aus geschlossen.

**Odesloe.** Der Religionskrieg scheint seinem Ende entgegen zu gehen, nachdem das Konsistorium nunmehr, jedenfalls nur der Not gehörend, nicht dem eigenen Triebe, vielmehr eingegriffen hat. Am Freitag Abend fand zunächst in Methwischdorf eine Gemeindegliedererversammlung statt und zwar auf Veranlassung des Konsistoriums. Trotz aller Beschwichtigungsversuche lehnte jedoch die Versammlung die Errichtung der dritten Pfarrstelle in Methwischdorf ab. Am Sonnabend fand dann im Beisein mehrerer konsistorialbeamten hier eine Kirchenkollegiumsitzung statt. Nach einer geheimen Beratung (!) beschloß das Kollegium die Errichtung einer dritten Pfarrstelle; ferner wurde der Kultusminister ersucht, die Verfügung vom 21. 24. Oktober 1903 dahin abzuändern, daß dem dritten Pfarrer Odesloe als Wohnsitz angewiesen und eine anderweitige Regelung der Geschäftsbearbeitung für den dritten Geistlichen vorgenommen wird, unter Voraussetzung der Gewährung der vom Kultusminister und dem königlichen Konsistorium für die Errichtung der dritten Pfarrstelle in Aussicht gestellten Geldmittel (37 500 Mark und ein jährlicher Wohnungsgeld- und Gehaltszuschuß von 500 bzw. 300 Mt.). Gegen diesen Antrag stimmten nur 2 Mitglieder. Schließlich fand noch ein Beschluß Annahme, nach welchem die Kirchenkasse die Subskription für den Geistlichen übernimmt. — Zweifellos wird jetzt das Konsistorium nachgeben und die „räubigen Schafe“, die schon kurz vor dem Austritt standen, hind getrieben.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Der Bäckertreib in Kiel ist beendet. In einer am Sonntag Nachmittag abgehaltenen Versammlung wurde mit 70 gegen 17 Stimmen beschlossen, den Streik aufzuheben, da mit einer Ausnahme von sämtlichen leistungsfähigen Bäckereien die Bewilligung erfolgt ist. Der Boykott soll jedoch in scharfer Weise aufrecht erhalten werden. Im ganzen sind 80 Betriebe mit 156 Gesellen geregelt. Es fehlen noch 70 Betriebe mit etwa 80 Gesellen. — Die Klempner und Maler in Neumünster haben sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Lohnforderungen geeinigt. — Die Steinhauer in Odesloe haben ihre Lohnbewegung erfolgreich beendet. Bei Abschluß des neuen Tarifvertrages ist der Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit von 50 auf 55 Pfennig erhöht; soweit Vorkarbeit bei einzelnen Stücken üblich ist, sind auch die Sätze dafür erhöht worden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Gestern Abend wurde in Hamburg das Dienstmädchen Anna Wachsmut von einem unbekanntem Menschen überfallen und durch einen Messerstich in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Die Verwundete fand im Freihauserkrankenhaus Aufnahme. Als Täter kommt ein früherer Liebhaber in Betracht, der bisher noch nicht ermittelt ist. — Von einem Steinwagen wurde in Hamburg ein 14-jähriger Knabe totgefahren. — Wegen Verdachtes, durch fortgesetzte bestialische Mißhandlungen den Tod seines 12-jährigen Kindes herbeigeführt zu haben, wurde in Jhehoe ein Gelegenheitsarbeiter verhaftet. — An Bord des Linien-Schiffes „Kaiser Karl der Große“ hat sich in der Nacht zum Montag in Kiel ein Unglücksfall ereignet. Bei heftigem Sturm fiel der Torpedobootsmatrose Mahnte über Bord und ertrank. — Freitag Abend 7 Uhr wollte der Kupfer-Schmiedemeister Schröder aus Blau den schon in Bewegung befindlichen Zug von Ganzlin nach Blau noch besteigen, kam hierbei zu Fall und wurde am Kopf stark verletzt. Das Zugpersonal scheint durch die Mißverständnisse alsbald von dem Unfall in Kenntnis gesetzt worden zu sein, denn nachdem der Zug von Ganzlin etwa 500 Meter entfernt war, kam derselbe zurück und nahm den Verletzten, nachdem ein Notverband angelegt war, mit nach Blau. — Beim Anbordgehen fielen in Warnemünde der erste Maschinist Rühr vom Dampfer „Karl Behn“ und sein 8-jähriger Sohn Nacht ins Wasser. Während sich der Vater retten konnte, ertrank der Sohn.

**Hamburg.** Der Bürgerrechtszensus-Bildsinn tritt jetzt bei der Einkommensteuereinschätzung wieder klar zu Tage. Wer gewissenhaft sein Einkommen auf 1200 Mt. angibt und nicht vor der Berechtigung steht, das Bürgerrecht erwerben zu können, der muß gewärtig sein, daß er eine Vorladung erhält, der Revisionskommission sein Einkommen auf Heller und Pfennig nachzuweisen. Kann er das nicht, so wird seine Einkommensdeklaration — herabgesetzt! Der Steuerdeklarant wird dadurch am Erwerb des Bürgerrechts gehindert. Und wenn auch nur ein einziger Pfennig an 1200 Mt. fehlt, dann ist der Mann nicht würdig, Hamburger Bürger zu werden. Wird ihm aber ein einziger Pfennig Einkommen über 1200 Mt. „nachgewiesen“, so kommt er in die höhere Steuerklasse und muß für den einen Pfennig 130 Mt. Steuer mehr zahlen, und das Alles des Bürgerrechtszensus wegen, denn andersfalls würde sich die Steuerdeputation den Teufel was darum scheren, ob ein 1200 Mt.-Deklarant einen Pfennig mehr oder weniger Einkommen hat. Selbstverständlich ist es eine Unmöglichkeit, das Jahreseinkommen genau auf den Pfennig anzugeben, wie das die Steuerdeputation verlangt, und deshalb trägt das Verfahren der Behörde den Charakter der Schikane an sich, dazu bestimmt, die Steuerzahler mit 1200 Mt. Einkommen vom Erwerb des Bürgerrechtes abzureden! Wir können, so schreibt unser Hamburger Parteiorgan hierzu mit Recht, den 1200 Mt. Deklaranten nur empfehlen, trotz aller Schikanen der Steuerdeputation den „Nachweis“ zu erbringen, daß sie auf den Pfennig genau 1200 Mt. Einkommen haben. — Im Uebrigen ist zu erwarten, daß diese Maßregel den beabsichtigten Zweck verfehlen wird.

**Kiel.** Ein Geisteskranker sieben Jahre im Gefängnis und 10 Jahre im Zuchthaus. Von der Kieler Strafkammer wurde, wie schon kurz gemeldet, am Sonnabend gegen den Arbeiter Heinrich de Forn, einen Epileptiker, der auf den ersten Blick den Eindruck eines Geisteskranken macht und wie ein Trunkener taumelt, im Wiedererfassungverfahren verhandelt. De Forn war im Juli vorigen Jahres wegen versuchten Diebstahls zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden, obwohl er beteuerte, sich gar nicht erinnern zu können, wie er zu der ihm zur Last gelegten Straftat — er hatte in einem allein liegenden Hause eine Fensterhebe eingedrückt — gekommen sei. Auch das Reichsgericht hatte die von de Forn eingelegte Revision verworfen. Im Geisteskranken in Kiel



stellte sich indessen heraus, daß der Verurteilte gänzlich unzurechnungsfähig ist und die krankhafte Neigung besitzt, nachts oder abends im pathologischen Rauschzustand auf fremden Grundstücken herumzuschleichen. Es stellte sich aber auch weiter heraus, daß dieser bedauernswerte Geisteskranke wegen der im Irrenhaus begangenen Taten, die man immer wieder als versuchten Diebstahl bezeichnete, bereits 7 Jahre im Gefängnis und 10 Jahre im Zuchthaus zugebracht hat. Jetzt endlich ist de Born freigelassen und einer Irrenanstalt überwiesen worden. Dieser Vorfall kennzeichnet in drastischer Form unseren „modernen“ Strafvollzug.

### Letzte Nachrichten.

**Kattowik.** Ein Massenmörder. Aus Loda (Pusch-Polen) wird der „Kattow. Stg.“ gemeldet: In die Wohnung des Weinhändlers Bulwa drang ein Fremder ein, tötete die Frau und ein Dienstmädchen und durchsuchte die Wohnung. Auch das zweite Dienstmädchen, welches um Hilfe schrie, verletzte der Räuber schwer. Nach seiner Verhaftung gestand er, daß er in Warschau das Ehepaar Jentsch und zwei weitere Personen ermordet habe.

**Berlin.** Wegen Kupperei wurde die Sängerin Fanny Loewy verhaftet, die in der Flensburgerstraße eine Operettenschule unterhielt. Die Verhaftete soll an einzelnen Schülerinnen nach Angabe Berliner Blätter wöchentlich über 1000 Mark verdient haben. Barone und andere „erstoffliche Menschen“ bildeten ihre Stammschüler.

**Dresden.** Gattenmord. Infolge ehelichen Zwistes ermordete der Schuhmacher Winkler seine Frau, die soeben erst das Wochenbett verlassen hat. Der Mörder wurde verhaftet.

**Lüdenscheid.** Vom Eisenbahnzuge überfahren. Sonntag nachmittag wurden auf der Schmaljahn-Lüdenscheid-Wiena zwei Kinder vom Zug überfahren; das eine blieb tot, das andere wurde lebensgefährlich verletzt.

**Essen a. d. R.** Feuer im Bergwerk. Auf der der Bergwerksgesellschaft „Silbernia“ gehörigen Seche

„Pluto“ bei Wanne ist am Sonnabend ein Flößbrand ausgebrochen, der noch anhält. Umfassende Löscharbeiten sind im Gange.

**Köln.** Familiendrama. Der Dachdecker Zweipfennig, dessen Frau mit einem Arbeiter intime Beziehungen unterhielt, tötete Sonnabend diesen Arbeiter, anscheinend auf Anstiften seiner Frau. Der Täter und seine Frau wurden verhaftet.

**Frankenthal.** In der Sandgrube verschüttet. In Feil bei Ebernburg wurden drei Personen beim Sandgraben verschüttet. Der 13jährige H. Wagner, den hierbei ein großes Felsstück auf den Kopf traf, war sofort tot, sein älterer Bruder und sein Onkel erlitten nur leichte Kontusionen.

**Sthl.** Die Genickstarre ist im hiesigen Pionier-Bataillon ausgebrochen. Ein Mann ist bereits tot; 17 sind schwer krank.

**Mugdeburg.** Ein alter Süßling. An seinem 13-jährigen Lehrling verübte der 52 Jahre alte verheiratete Schuhfabrikant Johann Bolleis mehrere Sittlichkeitsverbrechen, weshalb ihn die hiesige Strafkammer zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte.

**La Valetta.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich während der Anwesenheit Wilhelm II. vor Malta. In der Nacht zum Sonntag fiel der Matrose Dieckhorst durch einen unglücklichen Zufall über Bord einer Dampfmaschine. Er war sofort tot. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

### Aus Nah und Fern.

**Militärjustiz.** Nicht weniger als fünf Monate Gefängnis hatte das in Babenhausen zusammengetretene Kriegsgericht der 25. Division über den Kanonier Ludwig Schwarz vom 61. Feldartillerie-Regiment verhängt, weil er — seinen Rock zu Park ausgeklopft hatte. Bei der 6. Batterie war Appell in der vierten Garnitur angelegt, und der Unteroffizier Volkman verlangte, daß auch Schwarz seinen vierten Rock hole, der zum Ausbessern auf der Handwerkerstube war. Schwarz holte den Rock und klopfte ihn mit einem Kameraden lüchtig aus. Jetzt sagte

ihm der Unteroffizier, er solle nicht so kräftig drauffschlagen, aber der Kanonier erwiderte: „Sonst wird er nicht sauber“ und klopfte weiter. Der Unteroffizier wiederholte seinen Befehl und brachte dann den Kanonier wegen Gehorhamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zur Meldung. Das Kriegsgericht hatte bei Verhängung der hohen Strafe ausgesprochen, daß es nötig sei, ein Exempel zu statuieren und abschreckend zu wirken. Der Kanonier legte Berufung ein, und so kam die Sache vor das Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M. Der Vertreter der Anklage führte aus, daß die Abschreckungstheorie gegen einen Angeklagten nicht geltend gemacht werden dürfe und eine so hohe Strafe bei diesem Tatbestand durchaus unangebracht sei. Die Zeugen sagten meistens im Sinne des Unteroffiziers aus; der Kanonier sei im Dienst etwas widerpenstig gewesen, aber einer befandete auf wiederholtes Befragen, daß der Unteroffizier vorher zu Schwarz gesagt hatte, der Rock müsse ordentlich geklopft werden, weil viel Staub darin sei. Auch ließ der Unteroffizier andere Röcke, die zum Ausbessern auf der Handwerkerstube waren, nicht holen, sondern nur den Rock des Schwarz. Das Oberkriegsgericht setzte die Strafe auf zwei Monate herab und rechnete dem Angeklagten auch die Untersuchungshaft an.

**In den Vereinigten Staaten** betrug nach der amtlichen Volkszählung im Jahre 1903 die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit Ausnahme Alaska und der Inseln 79 900 000 Seelen, was eine Zunahme um 3 906 000 seit 1900 bedeutet. Die Einwohnerzahl belief sich in New York auf 3 716 000, in Chicago auf 1 874 000, in Philadelphia auf 1 368 000, in St. Louis auf 600 000.

### Sternschau-Viehmarkt.

Hamburg, 11. April.  
Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 380 Stück. Preis: Sengschweine — 48—49 Mk., Verkaufschweine, schwere 47—48 Mk., leichte 48—49 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pro 100 Pfund.

Sagen allen Verwandten und Bekannten für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zu meiner Hochzeit unseren herzlichsten Dank.

**J. Swisselmann und Frau,**  
geb. Raab.

Zum 1. Juli eine abgeschlossene Zweifamilienwohnung, Küche, Keller und Boden, Preis M. 200

Friedenstraße 84.

### Karpfenstraße 26

1. Etage, 200 Mk., per 1. Juli

**In verm. ein Logis**

Friedenstraße 63, 1. Etage.

### Ein Logis zu vermieten

mit separatem Eingang

Lanzenhof 4, 1. Et.

Zu verm. zum 1. Juli eine 11. Wohnung an ruhige Pflanzl. 2 Stuben und Zubehör

Schwartzener Allee 33, part.

Zu verkaufen 200 Pfund gute französische Epinaroffeln, keine Kellervare

Engelstraße 33/3.

**Zugelaufen** eine weiße mit kleinen schwarzen Flecken und schwarzem Kopf verfehene Hündin ohne Stempelzeichen

Seim-Lanzenhof 4.

Ich weche von heute an:  
**Breitestraße 63, L,**  
Eingang: Kleiner Schranzen.

**Dr. med. E. Schlüter-Püschel.**

Arzt für das gesamte Naturheilverfahren. Spezialarzt für Ohren- und Nasenleiden.

Habe mich **Arzt für physikal.-diät. Heil-** hierher als **Arzt** weise niedergelassen und wache obere Johannisstraße 12, 1. Et. Sprechstunden 8—10 vorm., 3—5 nachm.

**Dr. med. Schimmelpfennig, v. Arzt.**

### Gartengeräte:

Schaufeln, Spaten, Harken, Hacken, Giesskannen

billig  
**Carl Rittscher,**  
Holstenstr. 34. Holstenstr. 34.

### Sehr schöne Eß- u. Trinkkaraffen

— 2. Serie —  
empfehlen **L. Niendorf, Seemannstr. 27.**

### Bräutlingen

empfehle mein großes Lager in **Möbeln, Spiegeln**

und **Polsterwaren**

von guter deutscher Arbeit.

**Carl Folekers**  
Mühlengasse,  
25 Marleneplatz 25.

Wer auf gute Ware hält, der kauft sich die **Woll-**

Nur noch bis zum 17. April dauert der **Ausverkauf** von einigen Tausend Schirmen und Hüten. **H. Stoppelman, Schirm- u. Hutfabrik, Gürstr. 40.**

**Travemünde.** Allen Freunden und Bekannten, Klubs und Vereinen bringe meine **Gastwirtschaft** sowie meinen **renovierten Saal** zur Abhaltung von Festlichkeiten in gütige Erinnerung. **Gust. Kähler, Torstraße 42.**

**Emalle-, Blech-, Holz-, Bürsten-, Solinger Stahlwaren, Britannia- und Nickelwaren** empfiehlt billigst **Carl Rittscher** Holstenstr. 34. **Magazin für Haus- und Küchengeräte.**

**Gewerkschafts-Kartell Lübeck.** **Simplissimus-Abend** am Freitag den 15. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50—52. **Eintritt 20 Pfg.** Karten sind zu haben bei: Wittfoot, Högler, Grünwald, Böttcherstr., Körner, Rappenschmidestr., Lecke, Seebfer, im Vereinshaus und in der Exped. des Lübb. Volksboten. **Die Kartell-Kommission.**

**Herm. Hartog** Abbruch-Lager **Verkauf von allen verbleibenden Abbruch-Materialien, Tannen und Eichen-Brennholz.** Sonntag von 8—9 und 11—12 Uhr geöffnet. **Schulbücher** sowie **Samml. Schulunterricht** Ang. Karmester, Gadenh. Allee 46c.

**Spezial-Butterhandlung „Zu den drei Sternen“** empfiehlt **frische Meiereibutter 1.10 Mk., hochfeine Margarine 65 u. 75 Pfg., Landbutter, Landwurst, Landschinken Pfd. 90 u. 85 Pfg., Landeier 11 Stück 60 Pfg.** **Hinrich Wilcken** am Schlachthaus, Brögestraße 3.

Mache hierdurch einem geschätzten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich **neben meiner Klempnerei 1 Langereihe 1 noch ein Ladengeschäft-Hausstandsachen eröffnet habe.** Es wird mein Bestreben sein, durch Lieferung reeller Waren bei soliden Preisen allen Ansprüchen gerecht zu werden. Mit der Bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens zeichnet **Wilh. Dockhorn** Klempnermeister.

**Spar-Klub „Ohne Zweifel“.** **Der Sammlung** am Mittwoch den 13. April abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Grünwald, Böttcherstraße.

**Gesangverein „Eintracht“** **General-Versammlung** am Mittwoch den 13. April im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. **Tages-Ordnung:** Abrechnung, Sommerausflug, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen eruchtet **Der Vorstand.**

**Panorama** — Breitestraße 53, 1. Etage. — Diese Woche angefüllt: **Kassel.** (Wilhelmshöhe, Wilhelmshöhe etc.) Jeden Tag von 10—10 Uhr geöffnet.

**Stadttheater** 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Mittwoch den 13. April. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. 199. Vorst. 29. Mittwoch-Abend. **Vorstellung für Fr. Berna Dewald.** Gastspiel: **Carl Sartory** vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg. **Die rote Robe.** 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Donnerstag den 14. April. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. **Comtesse Marie.** Mit Serpentinanz, getanzt durch liebenswürdiges Entgegenkommen von Fr. Berna Dewald. **Sonabend den 16. April: Miss Duncan-Gastspiel.** Schluß der Spielzeit.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Anzeigen: **Walter und Richard**, sowie der mit J. R. gesteuerten Artikel und Notizen: **Johannes Stellingsma** — Redakteur: **Theodor Schwarz**



# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 86.

Mittwoch, den 13. April 1904.

11. Jahrgang.

## Ärzte und Krankenkassen.

Die Kampfmethode der Ärzte in ihrem Streit mit den Krankenkassen beleuchtet jetzt einer der ihrigen, der Augenarzt Dr. Rheinendorf, in Neuf in einer kleinen Broschüre, die er in diesen Tagen erscheinen ließ, um seinen Austritt aus dem Verein der Augenärzte Rheinlands und Westfalens zu erklären. Die Angelegenheit hängt mit dem Solinger Ärztestreik zusammen. Dort hatten am 1. Januar die Ärzte ihre Tätigkeit für die Kassenmitglieder eingestellt und waren durch sechs beamtete Kassenärzte ersetzt worden. Um ein Einschreiten der Aufsichtsbehörden herbeizuführen, bemühten sich die Ärzte nun, einen „ärztlichen Notstand“ zu erzeugen. Da die sechs Kassenärzte nicht zur Einstellung ihrer Tätigkeit zu veranlassen waren, konnte dieser „Notstand“ nun aber nur erzielt werden, wenn es gelang, den Kassenmitgliedern die augenärztliche Hilfe abzuschneiden. Der vorerwähnte Dr. Rheinendorf stand den Ärzten dabei im Wege, da er seine Hilfe den Kassenmitgliedern nicht verweigerte. Schließlich gelang es jedoch, den Dr. Rheinendorf zu veranlassen, ebenfalls mit den übrigen Ärzten gemeinschaftliche Sache zu machen; der augenärztliche Notstand war geschaffen, die Aufsichtsbehörde griff ein und die Ärzte „siegten“.

Dieser Arztstreik mit obrigkeitlicher Hilfe beleuchtet nun die Broschüre Dr. Rheinendorfs, die in unserm Solinger Parteiorgan im Wortlaut veröffentlicht wird. Der Verfasser will damit erklären, weshalb er aus dem Verein der Augenärzte Rheinlands und Westfalens ausgetreten sei, und erzählt dabei im Wortwort, im Januar sei ein Mitglied der Kasse zu ihm gekommen, um seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dr. Rheinendorf erklärte klinische Behandlung für notwendig, da der Patient vor der Gefahr gänzlicher Erblindung stand. Die Kasse überwieß darauf den Mann der Klinik Dr. Rheinendorfs und fragte zugleich nach den Bedingungen für dauernde augenärztliche Behandlung der Kassenmitglieder. Dr. Rheinendorf teilte diese Bedingungen mit und es wäre danach ohne Zweifel die Erfüllung der Forderungen der Aufsichtsbehörde möglich gewesen, wenn nicht jetzt der Verein der Augenärzte, der mit dem Verein der Solinger Ärzte gemeinschaftliche Sache gemacht, eingegriffen hätte. Die Art dieses Eingreifens, die schließlich Dr. Rheinendorfs Austritt aus dem Ärzteverein veranlaßt hat, schildert dieser nun in seiner Flugchrift wie folgt:

„Gegen den 12. oder 13. Januar erhielt ich vom Vorsitzenden unseres augenärztlichen Vereins eine Aufforderung, kein Mitglied der Orts-Krankenkasse Solingen augenärztlich zu behandeln. Da ich hörte ich von den Differenzen. Ich entließ den Kranken aber nicht, einmal weil die Kur schon, wie es schien, erfolgreich voranschritt, zweitens weil dieselbe doch nur kurze Zeit dauern sollte, und drittens weil der arme Mensch nach meinem Dafürhalten in Gefahr war, total zu erblinden.“

Am 16. Januar, mittags 1 Uhr, erhielt ich ein Telegramm aus Solingen: „Keinen Kranken der Kasse annehmen!“ und um 8 Uhr erschien ein Arzt aus Solingen, der mir endlich volle Aufklärung brachte: freie Arztwahl bestände schon in Solingen, es handle sich nur um Erhöhung des ungenügenden Honorars. Sofort sagte ich nun meine Unterstützung zu, die ich verweigert haben würde, wenn der Kampf sich um freie Arztwahl gedreht hätte. Aber bei schweren Augenverletzungen, erklärte ich, würde ich meine Hilfe nicht verweigern. Darauf der Solinger Kollege: „Die Düsseldorfser Augenärzte verweigern auch dann die Hilfe!“ „Nein,“ erwiderte ich, „das werde ich nicht tun; wenn die praktischen Ärzte in gleichen Verhältnissen, wo das Leben auf dem Spiele steht, ihre Hilfe nicht verweigern, so werde ich als Augenarzt es nicht tun, wenn die Existenz eines Auges bedroht ist. Kommt Humani-

tät mit Kollegialität in Konflikt, dann siehe ich immer auf Seiten der Humanität. Andere mögen anders empfinden, ich aber würde es mir nie verzeihen, wenn ich aus Kollegialität einen Menschen erblinden ließ.“ Nun erklärte sich der Kollege (notgedrungen?) befriedigt, zumal ich darauf hinwies, daß, wenn der Streit durch meine Teilnahme voraussichtlich in wenigen Tagen entschieden sei, ich wohl kaum einen so schweren Fall zu sehen bekommen würde.

Am Abend desselben Tags gegen 7 Uhr kam eine Depesche des Oberbürgermeisters von Solingen an: „Ob ich einen Augenkranken der Kasse aufgenommen hätte.“ Antwort: „Ja, Brief folgt.“ Am folgenden Abend teilte ich den obigen Sachverhalt mit.

Sonntag, 17. Januar 1904, erhalte ich einen neuen Brief vom Vorsitzenden unseres Vereins mit nochmaliger Mahnung, alle Augenkranken der Solinger Kasse abzuweisen. Dann aber zugleich einen Brief von einem Düsseldorfser Augenarzt, abgeschrieben jedenfalls am 16. Januar abends. Dieser lautete folgendermaßen:

Dr. med. . . . . Düsseldorf, 16. 1. 1904.  
Augenarzt . . . . . Nr. . . .

Sehr geehrter Herr Kollege!  
Nicht für mich, sondern im Namen bedrängter Kollegen appelliere ich an Ihr Ständesgefühl. In Solingen hängt es zurzeit nur noch von der Frage ab, ob die Solinger Augenkranken Hilfe bekommen; danach entscheidet sich der Kampf der dortigen Ärzteschaft gegen den Uebermut der Kassenvorstände zu gunsten oder ungunsten der Ärzte. Kriegt der Kassenvorstand von einem Augenarzt der Nachbarschaft Hilfe, so gewinnt er Zeit, bis er einen der vielen Halb-pezialisten gewonnen hat. Wie ich gehört habe, ist Ihr Name als Helfer der Kassen gegen Ihre Ständesgenossen sowohl in Solingen wie in Biersen genannt. Herr Kollege, ich kann so was nicht glauben, denn die Klugheit muß Ihnen folgen, sobald am Orte Gefahr ist. Für die paar Mark momentanen Einkommens würden Sie aber an der Achtung der Ständesgenossen schweren und dauernden Schaden leiden. Wir Spezialisten in der ganzen Gegend sind einig. Notfälle kennen wir nur, wo es sich um Lebensgefahr handelt. Sonst mögen die Leute nach Bonn gehen. Da geht den Kassen in kurzer Zeit der Atem aus, die Reisekosten werden zu hoch, die Kassenmitglieder tun nicht mit. Haben die Kassenvorstände kein Mitleid mit den Mitgliedern und mit den Ärzten, die sie fast lächelnd auf die Straße setzen, so gebietet das Gesetz des Krieges, die Kranken mitleidslos außer in Fällen alleräußerster Not, abzuweisen.“

Hier stehen wir mit der Eisenbahnbetriebs-Krankenkasse (Elsfeld wohl?) seit gestern auch auf Kriegsfuß. Werden Sie auch da für die hiesigen Eisenbahner der Helfer sein, weil die Düsseldorfser Ärzte die Hilfe verweigern? Denken Sie an Neuf. Es kann Ihnen da auch blühen, daß Sie auf Hilfe in Düsseldorf rechnen müssen.

Ich hoffe, daß mein Appell an Ihr Ständesgefühl überflüssig war.  
Mit kolleg. Gruß!  
Dr. . . .

Dr. Rheinendorf hielt diese Zusendung, durch welche ihm eine Handlungsweise zugemutet wurde, die an Rücksichtslosigkeit nicht mehr gut übertriffen werden kann, und die obendrein eine Begründung erfuhr, die jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht, mit Recht für eine Beleidigung und verlangte Genugtuung vom Vorstand des Ärztevereins. Diese Genugtuung wurde ihm verweigert; die Augenärzte für Rheinland und Westfalen hatten

\*) Ist es im Kriege auch inhuman, die Menschen totzuschicken?

nichts einzuwenden gegen den Standpunkt des Düsseldorfser Arztes, der Tote auf dem Schlachtfeld mit Toten vergleicht, die ihr Leben lassen müssen, weil Ärzte, um ein paar Pfennige Honorarerhöhung zu erlangen, ihre ärztliche Hilfeleistung verweigern.

Dr. Rheinendorf trat aus dem Verein der Augenärzte aus, stellte aber die Tätigkeit für die Kassenmitglieder ein. Er begründet dieses Verhalten auch näher in seiner Schrift, an deren Schluß er über die Ärztesforderungen folgendes Urteil abgibt:

1. Die Ärzte-Misere ist durch die Ueberproduktion bedingt. Die Krankenkassen können sie nicht besettigen, aber man dürfte es eventuell auch nicht von ihnen verlangen.

2. Verlangen kann man von ihnen eine anständige, den jetzigen Zeitverhältnissen und den Mühelosigkeiten der Ärzte entsprechende Honorierung.

3. Allgemeine freie Arztwahl durch Gewalt oder durch den Gebrauch der Macht irgend eines Faktors zu erzwingen, ist ein schweres Unrecht gegen die Kassen; sie im Interesse der jüngeren Ärzte zu wünschen und zu begünstigen, wird kein Arzt, besonders kein älterer, Bedenken tragen.

Die Ausführungen des Arztes über die freie Arztwahl und Vergleichen, die sich noch in der Broschüre finden, sind beherzigenswert und zeugen von gesundem Verstand für die Aufgaben der Krankenversicherung. Der Wert der Broschüre liegt aber vor allem in dem beigebrachten Material über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Ärzte die elementarsten Erfordernisse der Menschlichkeit hinter ihre materiellen Interessen zurücktreten lassen. Nach einer Sucht-hausvorlage für streikende Ärzte hat aber bisher noch niemand gerufen; sie setzten ja unter der Devise „Gegen die Sozialdemokratie!“ Das entschuldigt alle Brutalitäten.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In den Ausstand getreten sind am Sonnabend in Rathenow 126 Maurer. Dieselben forderten 43 Pfg. Stundenlohn und Verpflegung von Seiten der Unternehmer, denselben im nächsten Jahre auf 45 Pfg. zu erhöhen. Verhandlungen mit den Unternehmern führten zu keiner Verständigung. Seit Wochen arbeitet in Rathenow eine Kolonne Italiener, der kurz vor dem Ausstand eine zweite gefolgt ist, woraus ersichtlich ist, daß die Unternehmer es auf einen Kampf ankommen lassen wollen. Drei Unternehmer, welche zur Zeit 18 Maurer beschäftigen, haben die Forderungen der Ausständigen anerkannt. — In den Pantersfabrikwerken zu Magdeburg sind Differenzen ausgebrochen. Dreher und Schlosser, besonders aber Schleifer werden vor der Annahme von Arbeit nach dort gewarnt. — Der Ausstand der Tischler bei der Firma Marschner, Möbelfabrik, in Elbersfeld wurde für die Arbeiter siegreich beendet. Die Firma hat die Einführung des Neunstundentages vom 1. Mai ab bewilligt. Von diesem Zeitpunkt ab werden die Stundenlöhne um 10 Proz. erhöht. — In Dortmund sind die Tischler in einen Ausstand getreten. — Für die Lichtdrucker, Photographen, Retoucheure in Frankfurt a. M. ist zwischen Gehilfen und Prinzipalen ein Tarif festgesetzt worden, der 8 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Mindestwöchentlichen Lohn von 25 Mk. im ersten, 30 Mk. im zweiten Jahre vorschreibt. — In Mainz sind die Tücher Montag in Streik getreten. Die Streikenden verlangen die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, einen Lohnzuschlag von drei Pfennig pro Stunde und weiter von jedem Jahre ab bis 1906 einen Pfennig Zulage mehr pro Stunde. — Die Schuhmachere streiks in Schweden, sowohl der in Beijers Schuhfabrik zu Stockholm, als auch die in den Fabriken von Derebro, sind sämtlich durch Tarifverträge mit den Unternehmern erfolgreich für die Arbeiter beendet worden.

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

101. Fortsetzung.

„Mein lieber Solberg,“ sagte Schaller mit einem aber total verunglückenden Versuch zu seinem alten Humor, „Sie werden mich entschuldigen, wenn ich das Interesse unterschieden bezweifle; aber da es beide Teile zu wünschen scheinen, halt' ich mich zurück, muß Ihnen jedoch bemerken, daß ich einer wichtigen Geschäftssache wegen notgedrungen um halb zwei Uhr drüben in meiner Wohnung sein muß.“

„Wir werden Ihre Geduld nicht lange auf die Probe stellen, Herr von Schaller,“ sagte Hans kalt. „Vor allen Dingen erlauben Sie mir nur die Frage an Sie zu richten, woher Sie Ihre Referenzen über den Grafen Rauten und dessen Güter in Galizien gezogen haben? Vielleicht interessiert es Sie doch, diesen Brief einmal durchzulesen, der genau aus jener Gegend stammt, wo allerdings Rauten'sche Güter in Besitz einer Grafenfamilie von Rauten sind, bei denen es aber keinen Verpöhl gibt. Herr Notar, dürfte ich Sie wohl einmal um den betreffenden Brief ersuchen?“

„Oh verflucht,“ sagte von Schaller, indem er in seine Tasche griff, „jetzt habe ich meine Brille vergessen!“ „Dazu möchte ich mir noch eine Bemerkung erlauben,“ fiel jetzt der Notar ein. „Ich glaube, der Jurium liegt allein in Galizien, das Graf Rauten vielleicht noch gar nicht gesehen hat, desto bekannter scheint er aber in Schlesien zu sein. Erinnern Sie sich noch vielleicht, Herr Graf, eines gewissen Rano von Tröben, der einst einen Mann im Walde erschlug und herabte und nachher die Flucht ergriff — kennen Sie den Mann, der die Thronen gebührende Strafe, die langen Jahre im Zuchthaus verbüßte?“

Der Notar hatte seine kurze Rede vollkommen ruhig und kaltblütig begonnen, aber mit dem frechen Verbrecher vor sich, der wohl totenbleich, jedoch kalt und verächtlich lächelnd dort stand und auf ihn herabsah, fleg ihm auch zuletzt die Galle in's Blut. Bei den letzten Worten hatte sich seine Stimme in die höchsten Töne hinein verfliegen. Er war außer sich geraten, riß die Türe auf und zerrte den jungen Karl Handorf bei einem Arme heraus.

„Hol' mich der Teufel, wieder eine Ueberraschung!“ brummte Schaller halbblau vor sich hin, erkannte aber auch im nämlichen Moment denselben bleichen Menschen, der ihm und Rauten damals auf der Promenade begegnet war, und hob sich jetzt selber überrascht empor. Was war da nun wieder im Wind?

Karl trat in das Kontor; er hielt den Blick nur allein auf Rauten gefest, er sah in der Tat gar keinen anderen Menschen mehr, und langsam auf ihn zuschreitend, blieb er endlich vor ihm stehen und hielt ihm den Stock entgegen.

Rauten hatte ihn verwundert betrachtet. Er erkannte ihn natürlich nicht wieder. Was sollte das jetzt sein? Aber der Name Rano von Tröben, mit dem ihn der Notar ange-redet, zuckte ihm durchs Hirn. War denn die ganze Hölle gegen ihn losgelassen?

Der junge, bleiche Mann sah ihm starr ins Gesicht. „Kennst Du diesen Stock, Mörder?“ sagte er mit leiser Stimme; aber trotzdem klangen die Worte wie die Posten des Weltgerichts in Rautens Ohren. Bis jetzt hatte er so viel Macht über sich behalten, um wenigstens ruhig zu stehen, aber diese Hand über Hand geführten Schläge trafen ihn doch zuletzt ins Herz. „Fort!“ rief er. „Was wollt Ihr von mir? Was weiß ich von dem alten Juden?“ (Keine Sippe hatte den Ermordeten genannt.) „Ja, Ihr glaubt, Ihr habt Gewalt über mich! Dem den Tod, der mir in den Nacken tritt!“

Und ein verborgenes Messer unter der Weste hervorreichend, warf er sich gegen die Türe, von der Hans aber schon zurückgetreten war, um die Wirkung zu beobachten, die das Erscheinen des jungen Mannes auf Rauten machen würde. Ehe er zurückspringen und die Türe halten konnte, hatte sie Rauten aufgerissen und sich hindurch geworfen. Aber er kam nicht weit. Nun war dem ihm gegebenen Auftrage vollständig nachgekommen und die von ihm requirierte Volkzeitwache auch pünktlich um ein Uhr, und zwar mit dem Schläge, auf der Treppe des Notars eingetroffen, an der sie sich oben mit dem strengen Befehl, niemanden weder aus noch einzulassen, ehe sie die spezielle Weisung vom Notar Püster selber erhielten, postierten.

Rauten wollte die Treppe hinauf, als er die vier kräftigen Burtschen dort auf ihrem Posten entdeckte und jetzt recht gut wußte, daß er selbst mit seinem Messer nicht durchdringen konnte, denn sie versperrten vollständig den engen Raum. Ohne sich aber auch nur einen Moment zu besinnen, stieß er die nächste Türe auf — es war die Küche, und sprang hinein.

„Jesus, Maria und Joseph!“ rief die alte Magd, als sie den totenbleichen Mann mit dem langen Messer in der Hand hereinströmen sah.

Sie selber aber hatte nichts von ihm zu fürchten, denn Rauten bemerkte sie kaum. Fort! war sein einziger Gedanke. Was er alles noch verbrochen und dafür jetzt Entbedung fürchtete, wer konnte es sagen! Aber schon das, was er da drin gehört, verriet ihm deutlich, er sei entbedt, seine Larve gefallen und seine Rolle hier in Rhodenburg ausge-spielt. So gab es denn jetzt für ihn nur eine Rettung, und die war, so rasch als irgend möglich seine eigene Wohnung zu erreichen. Gewann er dort die kleine Tasche, die seine wichtigsten Papiere enthielt, und dann den dicht bei Rhodenburg beginnenden Wald, so war er gerettet, und so — die Zähne zusammengebissen — sah er sich nach einem Ausweg vor.



